

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Andreas Wagner

Mitglied Gruppe CDU/WBV

Ratsvorsitzender Stefan Becker
Ratsmitglied Katja Breuer
Ratsmitglied Martin Ehlers
Bürgermeisterin Ursula Glaser
Ratsmitglied Martin Harms
Ratsmitglied Uwe Heinemann
Beigeordneter Stephan Hellwig
Ratsmitglied Michael Kunze
Ratsmitglied Hans-Jürgen Lietzmann
Ratsmitglied Helmut Möhle
Ratsmitglied Astrid Zaage

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Nurhayat Bakir
Ratsmitglied Christina Heide
Beigeordneter Howard Jacques
Ratsmitglied Gesche Marxfeld
Beigeordneter Jörg Mündenwarf
Bürgermeister Uwe Reese
Ratsmitglied Detlef Schön
Ratsmitglied Sebastian Seidel
Ratsmitglied Kristian Stoermer

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ratsmitglied Antje Johanna Kloster
Ratsmitglied Petra Stomberg
Ratsmitglied Andreas Tönjes
Beigeordneter Michael von den Berg
Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis
Ratsmitglied Horst Dieter Walzner
Ratsmitglied Helga Weinstock

Mitglied FDP-Fraktion

Ratsmitglied Christian Ressel

Ratsmitglied Dr. Günther Schulte
Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Mitglied AfW-Fraktion

Beigeordneter Thorsten Moriß
Ratsmitglied Irina Moriß-Kappes

Mitglied AfD-Fraktion

Ratsmitglied Prof. Dr.-Ing. Lothar Preuß

Mitglied Freie Wähler

Ratsmitglied Andreas Lang

Dezernent

Stadtbaurat Oliver Leinert
Erster Stadtrat Jens Stoffers

von der Verwaltung

Fachbereichsleiterin Kommunikation & Koordination Julia Muth
Stv. Fachbereichsleiter Finanzen Torben Müller
Fachbereich Kommunikation & Koordination Eugen Folkers

Es fehlte entschuldigt

Ratsmitglied Georg Berner-Waindok
Ratsmitglied Al-Chafia Hammadi
Ratsmitglied Dr. Dr. Alfred Klinke-Mibert
Ratsmitglied Florian Wiese

als Gast

Geschäftsführer der Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH Michael Diers

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3
Einwohnerfragestunde auf Seite 22

A. Öffentlicher TeilTagesordnung:

- | | | |
|-------|---|-----------------|
| 3 | Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 19.01.2018 und 14.02.2018 | |
| 4 | Aktuelle Stunde | |
| 5 | Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses | |
| 6.1 | Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion: Kaiser-Wilhelm-Logo für Jubiläum 2019 | 517/2018 |
| 6.2 | Abberufung als Prüfer des Rechnungsprüfungsamtes - Bernd Broszeit | 147/2018 |
| 6.3 | Annahme einer Schenkung: Skulptur "Windwächter" auf dem Hauptdeich des Südstrandes in Wilhelmshaven | 163/2018 |
| 7.1.1 | Neuausrichtung Wirtschaftsförderung | 152/2018 |
| 7.1.2 | Koordinierungsstelle „LNG Infrastruktur“ in Niedersachsen | 154/2018 |
| 7.1.3 | Zuschussrichtlinien zur Unterstützung von Projekten Dritter anlässlich des Stadtgeburtstags 2019 | 118/2018 |
| 7.1.4 | 4. Nachtragshaushaltssatzung 2017/2018 | 143/2018 |
| 7.1.5 | Information zum konsolidierten Gesamtabschluss 2014 | 117/2018 |
| 7.1.6 | Zinssatz für die kalkulatorische Verzinsung zum Haushalt 2019 für kostenrechnende Einrichtungen | 148/2018 |
| 7.1.7 | Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat | 161/2018 |
| 7.2.1 | Aufstellung eines Denkmals zur Erinnerung an die Novemberrevolution 1918 | 137/2018 |
| 7.3.1 | Bebauungsplan Nr. 146, 1. Änderung -Deichbrücke/Jadestraße (Wiesbadenbrücke) Abschluss Städtebaulicher Verträge nach § 11 Baugesetzbuch (BauGB) über 1. die Sanierung von Bodenverunreinigungen und 2. Gestalterische Bindungen | 149/2018 |
| 7.3.2 | Bebauungsplan Nr. 146, 1. Änderung -Deichbrücke/Jadestraße (Wiesbadenbrücke)- 1. Behandlung der Stellungnahmen und 2. Satzungsbeschluss | 121/2018 |
| 7.4.1 | Energiepolitisches Arbeitsprogramm 2019/2020 Umsetzung des Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes | 75/2018 |
| 7.4.2 | 1. Änderungsverordnung der „Besonderen Hafenordnung für den Stadthafen Wilhelmshaven“ | 69/2018 |
| 7.5.1 | Vollvermögensübertragung der Gewerbezentrum Wilhelmshaven GmbH auf die Stadt Wilhelmshaven | 150/2018 |
| 7.5.2 | Übertragung von Grundstücken und Gebäuden auf den Eigenbetrieb Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven - Kapitaleinlage | 151/2018 |
| 8 | Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten | |
| 9.1 | Antrag Gruppe GUS: "Haushaltsklausur außerhalb von Wilhelmshaven" | 516/2018 |
| 9.2 | Antrag Gruppe GUS: Prüfauftrag Ratskeller | 521/2018 |
| 9.3 | Antrag Gruppe GUS: Prüfauftrag Ankauf Elisenlust | 522/2018 |
| 10.1 | Anfrage AfW-Fraktion: politisch-motivierte Straftaten in Wilhelmshaven | 518/2018 |
| 10.2 | Anfrage DIE LINKE: Höhenfeuerwerk Pumpwerk am 09.05.2018 | 519/2018 |
| 10.3 | Anfrage DIE LINKE: Verschmutzungen durch Sand-Staub-Halde auf dem Gelände der Firma Jade-Weser-Logistik | 520/2018 |
| 11 | Einwohnerfragestunde | |
| 11.1 | Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde (§ 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates) | |
| 11.2 | Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung (§ 19 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates) | |
| 1 | <u>Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit</u> | |

Ratsvorsitzender Becker eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der Erste Stadtrat Jens Stoffers, der am 30.06.2018 in den Ruhestand geht, vom Ratsvorsitzenden und Oberbürgermeister verabschiedet. 15 Jahre sei er in seiner Funktion als Erster Stadtrat immer ein zuverlässiger und verbindlicher Ansprechpartner für die Ratsmitglieder gewesen. Im Namen des Rates und der Bürgerinnen und Bürger dankten Ratsvorsitzender und Oberbürgermeister diesem für seinen Einsatz zum Wohle der Stadt.

Herr Stoffers dankte für die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Es sei stets sein Bestreben gewesen, unabhängig von der parteipolitischen Zugehörigkeit, zum Rat ein gutes und kollegiales Verhältnis zu haben.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde in der vorliegenden Form festgestellt.

3 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 19.01.2018 und 14.02.2018

Herr Schön teilte mit, dass unter dem TOP 5 des öffentlichen Protokolls vom 19.01.2018 stehe, dass Herr Moriß hinterfragte, „welchen Zweck die SPD-Fraktion und die Gruppe GUS mit dem Antrag verfolgen würden. Der Oberbürgermeister hätte bereits seine Stellungnahme zu den Abwesenheitszeiten abgegeben.“

Hier fehle, dass Herr Moriß den Mitgliedern der SPD-Fraktion empfohlen habe, ihre Parteibücher zu verbrennen. Es fehle außerdem, dass seine Person unter schärfstem Protest diese Aussage zurückgewiesen habe. Er beantragte eine Änderung des Protokolls vom 19.01.2018.

Herr Stoffers führte aus, dass es hierzu einen Kommentar von Thiele zur neuesten Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichtes Lüneburg zur Protokollierung von Ratssitzungen gebe. Danach werde vom Gericht betont, dass Adressat des Protokolls in erster Linie die Verwaltung sei, die in die Lage versetzt werden solle, die Beschlüsse des Rates ordnungsgemäß umzusetzen. Für die einzelnen Mitglieder des Rates entfalte das Protokoll allenfalls nicht einklagbare Reflexrechte; lediglich § 68 S. 3 NKomVG begründe als eng auszulegende Ausnahme den Anspruch eines einzelnen Ratsmitgliedes auf Protokollierung seines Abstimmungsverhaltens; nicht auch der Gründe des Abstimmungsverhaltens und sonstigen Ausführungen. Im Umkehrschluss aus § 68 NKomVG ergebe sich nach Ansicht des Gerichts, dass Ratsmitglieder keinen Anspruch auf Protokollierung ihrer Redebeiträge und sonstigen Ausführungen haben. Das deute darauf hin, dass das Gericht mehr als ein Ergebnisprotokoll für nicht erforderlich halte.

Das **Protokoll der öffentlichen Ratssitzung vom 19.01.2018** wurde bei 26 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und einer Enthaltung **mehrheitlich genehmigt**.

Herr Tönjes stellte fest, dass er auf der Seite 19 des nichtöffentlichen Protokolls vom 14.02.2018 nicht korrekt wiedergegeben worden sei, was seinen Änderungsantrag angehe. Er sehe sich in seinen Rechten gem. § 56 NKomVG beschränkt. Er bat um entsprechende Korrektur. Er habe bereits um einen Termin zwecks Protokollanhörung gebeten. Er beabsichtige, möglicherweise die Kommunalaufsicht einzuschalten.

Herr Stoffers erklärte, dass Herr Tönjes selbstverständlich einen Anspruch auf Berichtigung des Protokolls habe, sofern dieses falsch sein sollte. Herr Tönjes habe aber bislang nicht ausgeführt, inwieweit das Protokoll falsch sei.

Herr Tönjes erläuterte, dass dem Antrag der SPD-Fraktion zugestimmt, sein Antrag nicht zur Disposition gestellt wurde. Er zitierte aus dem Protokoll *„Ratsvorsitzender Becker informierte, dass damit nicht mehr über den Änderungsantrag von Die Partei abgestimmt werden müsse. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.“* Er habe sehr wohl widersprochen. Dies müsse geklärt werden.

Herr Stoffers erklärte, dass nach Rücksprache mit dem Protokollführer, laut Aufnahme kein Widerspruch erfolgt sei. Insofern stimme das Protokoll mit der Bandaufzeichnung überein.

Das **Protokoll der öffentlichen Ratssitzung vom 14.02.2018** wurde bei 28 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und einer Enthaltung **mehrheitlich genehmigt**.

4 Aktuelle Stunde

Anträge zur Durchführung einer aktuellen Stunde lagen nicht vor.

5 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Es bestand kein Informationsbedarf.

6 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat (Beigeordneter Hellwig)

6.1 Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion: Kaiser-Wilhelm-Logo für Jubiläum 2019 **517/2018**

Herr Dr. von Teichman fragte sich, ob das Emoji (Key Visual) für das Stadtjubiläum das Richtige sei. Die FDP-Fraktion sei der Ansicht, dass es dem Image der Stadt schade. Das Emoji stelle nicht den Stadtgründer Kaiser Wilhelm I dar. Im Gegensatz zu Kaiser Wilhelm II trage dieser keine Pickelhaube und Schnurrbart. Hinzu komme, dass dieses Logo im Grunde „verbrannt“ sei, da ein bekannter Unternehmer mit dem markanten Logo für Wilhelms Outlet in ganz Deutschland geworben habe. Man kenne das negative Ende des Projekts. Er appellierte für einen Austausch des Emojis.

Herr Diers erklärte, dass die Vorbereitungen zum Stadtjubiläum im Vordergrund stehen sollten und hielt die bisherige Diskussion für überflüssig. Da man die wiederholte Verwendung der Kaiser-Wilhelm-Brücke für langweilig gehalten habe, habe man sich für das Corporate Design entschieden. An der Ausschreibung hätten sich mehrere Agenturen beteiligt. Als ein zusätzliches Element des Corporate Designs sei auch das Emoji dabei gewesen.

Es habe im Vorfeld durchaus eine Diskussion über das Emoji im Zusammenhang mit dem OutletCenter stattgefunden. Letztlich wolle man zeigen, dass Wilhelmshaven durchaus in augenzwinkernder Weise über sich selbst lachen könne. Das Emoji, an dem sich gerade die Diskussion losbreche, sei lediglich Teil eines Auftrages. Jetzt ein anderes Emoji zu nehmen, halte er für schlecht, denn es werde immer Personen geben, denen etwas nicht gefalle. Entweder man nehme das Emoji oder gar keines. Eine Alternative gebe es nicht.

Die Herren von den Berg, Hellwig und Jacques stimmten den Äußerungen von Herrn Diers zu und forderten den Schluss der Debatte.

Der **Antrag der FDP-Fraktion** wurde bei 7 Ja-Stimmen, 24 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen **mehrheitlich abgelehnt**.

6.2 Abberufung als Prüfer des Rechnungsprüfungsamtes - Bernd Broszeit **147/2018**

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 11.06.2018 vor.

Auf die Frage von **Herrn Tönjes** warum die Abberufung erfolge, erklärte **Herr Stoffers**, dass Herr Broszeit die Leitung der Stabsstelle des Fachbereichs Soziales übernehme. Er verlasse freiwillig das Rechnungsprüfungsamt. Man habe den Weggang mit der Leitung besprochen. Der betriebswirtschaftliche Teil werde künftig von einer Kollegin übernommen. Ihre dann frei werdende Stelle solle auf Wunsch des RPA eine Verwaltungsstelle werden. Die Stelle werde intern ausgeschrieben.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Herr Bernd Broszeit wird mit Wirkung vom 01.07.2018 als Prüfer des Rechnungsprüfungsamtes abberufen.

6.3 Annahme einer Schenkung: Skulptur "Windwächter" auf dem Hauptdeich des Südstrandes in Wilhelmshaven **163/2018**

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 18.06.2018 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt vorbehaltlich der Zustimmung durch den III. Oldenburgischen Deichband die Annahme der Schenkung von drei bestehenden Skulpturen - genannt „Windwächter“ - auf dem Hauptdeich des Südstrandes in Wilhelmshaven.

7 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat7.1 Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft (Ratsfrau Breuer)7.1.1 Neuausrichtung Wirtschaftsförderung**152/2018**

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 18.06.2018 vor.

Herr Jacques erklärte, dass die SPD-Fraktion durchaus für eine grundsätzliche Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung sei, aber diese Vorlage entspräche nicht den in den vergangenen zwei Jahren erarbeitenden Abmachungen. Die Fraktion finde sich in der Vorlage nicht wieder. Damit sei man wieder zur alten Ausgangslage zurückgekehrt. Er stellte den **Antrag auf Vertagung** bis nach der Sommerpause, um die Möglichkeit einer gemeinschaftlichen Beratung mit der Wirtschaft zu nutzen.

Herr Hellwig wies daraufhin, dass man seit Februar 2017 mit der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung beschäftigt gewesen sei. In der heutigen Sitzung gehe es im Prinzip nur um die Abstimmung über die Gesellschaftsform und nicht darum, die Gesellschaft bereits mit Inhalten zu füllen. Sollte es zu einer Vertagung kommen, verliere man wieder wichtige Zeit, insofern halte er es für richtig, der Verwaltungsvorlage zuzustimmen.

Herr Dr. von Teichman hielt eine Vertagung für kontraproduktiv. Die Wirtschaft warte darauf, dass man endlich zu einem Ergebnis komme. In einem Brief wurde jedoch Nachbesserungsbedarf gesehen, der von der FDP-Fraktion geteilt werde und der sich in dem vorgelegten **Änderungsantrag** niederschlage. Er halte den Vorschlag von Herrn Hellwig für nicht sinnvoll, zunächst über den Gesellschaftsvertrag zu beschließen und anschließend diesen zu überarbeiten. Dieses habe noch nie zum Ziel geführt. Man sollte vorher die Richtung kennen.

Da möglicherweise nicht alle Ratsmitglieder über den Inhalt des Briefes informiert waren, stellte **der Ratsvorsitzende** klar, dass es sich hierbei nicht um die Wirtschaft in Gänze sondern lediglich um ein Schreiben des Allgemeinen Wirtschaftsverbandes (AWV) handele. Andere Verbände hätten sich nicht negativ geäußert.

Frau Weinstock sprach sich gegen eine Beschlussfassung und für eine Vertagung aus.

Herr Moriße sprach sich gegen eine Vertagung und für eine Beschlussfassung aus. Er würde sich aber dafür aussprechen, in der Satzung Handwerk, Industrie und auch die Jade Hochschule miteinzubinden.

Herr Walpurgis erklärte, dass die UWG dem Vertagungsantrag folgen werde. Er habe aus der Wirtschaft gehört, dass diese Vorlage nicht endgültig abgestimmt sei. Es sei ein entsprechender Nachbesserungsbedarf gegeben. Er halte es für wichtig, dass bei einer Neuausrichtung alle Beteiligten ins Boot geholt werden sollten. Es bestehe zurzeit ein Ungleichgewicht zu Gunsten der Stadt, hier sollte es zu einer paritätischen Besetzung in den Gremien kommen.

Oberbürgermeister Wagner wies Herrn Walpurgis darauf hin, dass dieser keine rechtlichen Unwägbarkeiten einführen könne. Es sei falsch, dass die Kommune ihren Handlungsspielraum aus der Hand geben dürfe, wenn die finanziellen Mittel komplett von der Stadt getragen werden. Dies sei rechtlich ausgeschlossen.

Der **SPD-Antrag auf Vertagung** wurde bei 15 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen **mehrheitlich abgelehnt**.

Herr Dr. von Teichman brachte für die **FDP-Fraktion** folgenden **Änderungsantrag** ein:

„Der Rat möge beschließen:

- 1. (zu »1): Die GmbH wird*
 - a. (Alternative 1) eine 100%ige Eigengesellschaft der Stadt Wilhelmshaven oder*
 - b. (Alternative 2): Die GmbH wird eine Eigengesellschaft, in der die Stadt 51% und ein zu gründender Verein der Wirtschaft (AWV, WHV, Handwerk, Hotellerie, Wohnungsbaugesellschaften, Handel etc.) 49% der Anteile halten (diese Alternative ist nach § 108 GWB unter bestimmten Voraussetzungen sehr wohl möglich!).*
- 2. (zu »2): Es wird ein Aufsichtsrat gebildet, der neben der Oberbürgermeisterin/dem Oberbürgermeister 6 Ratsmitglieder und 6 Mitglieder des Wirtschaftsvereins umfasst.*
- 3. (zu »3): Der Gesellschaft werden insbesondere folgende Aufgaben übertragen:*
 - Konzepterstellung für die wirtschaftliche Entwicklung der Region mit Zielsetzungen*
 - Bestandspflege/-entwicklung*
 - Förderung der Ansiedlung neuer Unternehmen*
 - Umsiedlung von Gewerbebetrieben*
 - Innovationsförderung*
 - Infrastrukturförderung einschließlich Gleisanlagen*
 - Beratung in allen Förderfragen*
 - Gewerbeflächenvermittlung und Gewerbeflächenbedarfsplanung*
 - Kooperation mit Forschungseinrichtungen wie z.B. der Fachhochschule*
 - Kooperationsförderung innerhalb der Wirtschaft*
 - Zusammenarbeit mit den vorhandenen Wirtschaftsorganisationen*
 - Standortmarketing*
 - Teilnahme an überörtlichen Konferenzen u. ä.*

- Kooperation mit umliegenden Wirtschaftsfördereinrichtungen einschließlich der JadeBay
- Enge Kooperation mit städtischen Dienststellen und Gesellschaften. Hierzu werden entsprechende Vereinbarungen geschlossen.
- Vergabe eventueller Fördermittel der Stadt nach Vorgaben des Rates (KMU-Programm)
- Hoheitliche Aufgaben verbleiben bei der Stadt, wobei noch zu klären ist, um was es sich bei diesen Aufgaben handelt (Artikel 33 Abs. 4 GG in Verbindung mit § 4 Umsatzsteuergesetz).
- dem bisher beim Referat 1 im Fachbereich 03 angesiedelte Personal wird anheimgestellt, sich in der neuen Wirtschaftsförderungsgesellschaft zu betätigen.

Die in der **Begründung** aufgeführten Aufgaben für neues Personal in der WFG („Standortmarketing...“) werden gestrichen. Neben dem Geschäftsführer werden 4 weitere Personen der WFG zur Verfügung gestellt, die Aufgabenverteilung obliegt dem Geschäftsführer. Die Sachausstattung wird auf 475 T€ festgelegt, die Verwendung obliegt dem Geschäftsführer.

Weiterhin wird die Verwaltung beauftragt, folgende Bestimmung in den Gesellschafts-vertrag aufzunehmen:

Die Gesellschaft hat mindestens folgende Fachbeiräte, die von der Wirtschaft besetzt werden:

- Handel/Dienstleistungen
- Industrie
- Handwerk
- Hafen
- Wohnungsbaugesellschaften
- Tourismus und Gesundheitswirtschaft

Der Aufsichtsrat kann weitere Fachbeiräte einrichten.

Die Fachbeiräte beraten den Geschäftsführer und den Aufsichtsrat. Das Nähere regelt eine Geschäftsordnung, die vom Aufsichtsrat erlassen wird.“

Herr Hellwig zeigte sich erstaunt, dass der AWW die FDP-Fraktion mit dem Antrag in den Rat sende. Mit dem Schreiben des AWW würde der zweite Schritt vor dem ersten getan. Zunächst müsse der Verwaltung eine Arbeitsbasis gegeben werden, indem man dem Beschluss in der jetzigen Form zustimme. Es werde weitere Beschlüsse zur Wirtschaftsförderung geben. In einer Satzung werde man u. a. den Zweck der Gesellschaft definieren sowie die personelle und finanzielle Ausstattung, die Zusammensetzung des Aufsichtsrates und die Einführung von Fachbeiräten festlegen. Zu gegebener Zeit werde man über Inhalte und Ausrichtung der Gesellschaft zu diskutieren haben. Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion komme zu früh und insofern werde die Gruppe CDU/WBV diesen ablehnen.

Herr Jacques erklärte, dass Teile der Wirtschaft den Änderungsantrag gänzlich anders beurteilen. Ihm wurde der Vorschlag einer weiteren gemeinsamen Beratung unterbreitet. Es gebe durchaus interessante Anhaltspunkte im Antrag, die man einarbeiten könne. Auch die SPD-Fraktion habe Ideen, die man zu gegebener Zeit einbringen werde. Die SPD-Fraktion werde den Änderungsantrag ablehnen, weil man der Meinung sei, dass die Zeit noch nicht reif sei.

Herr Ressel verwies auf die Aussage von Herrn Hellwig und erklärte, dass die FDP-Fraktion sehr wohl einen Arbeitsauftrag an die Verwaltung - wenn gleich auch in optimierter Form - mit dem Änderungsantrag erteile. Wenn sich herausstelle, dass korrigiert werden müsse, könne jederzeit nachgebessert werden. Er verstehe das Problem nicht. Man habe mit den richtigen Personen gesprochen und daraus entsprechend dieses Konzept entwickelt. Er appellierte an den Rat, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Der **Änderungsantrag der FDP-Fraktion** wurde bei 8 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen **mehrheitlich abgelehnt**.

Frau Weinstock machte deutlich, dass im Vorfeld alle Unklarheiten am „Runden Tisch“ mit allen Beteiligten geklärt werden sollten. Leider sei das dort Besprochene nicht in die Beschlussvorlage eingeflossen. Die Wünsche der Wirtschaft wurden ignoriert. Die Neuordnung mache keinen Sinn, wenn die Wirtschaft nicht mitgenommen werde. Sie werde daher der Vorlage nicht zustimmen.

Oberbürgermeister Wagner merkte an, dass die Verwaltung kein Schreiben der Wirtschaft erhalten habe, dass dieser die Beschlussvorlage missfalle. Im Gegenteil habe man ausschließlich positive Rückmeldungen erhalten. Insofern wundere er sich über die Kommunikationswege.

Herr Prof. Preuß erklärte, dass man der Beschlussvorlage zustimmen werde. Er habe kein Schreiben des AWW erhalten und ziehe daraus seine Schlüsse. Auch er sei der Meinung, dass die Angelegenheit endlich ins Rollen gebracht werden müsse. Man könne später die Satzung modifizieren und mit Leben füllen.

Frau Breuer wies darauf hin, dass die Wirtschaft immerhin mit 46% im Aufsichtsrat vertreten sei. Dies sei ein enormes Zugeständnis an die Wirtschaft, die nicht nur durch den AWW vertreten werde. Es gebe auch andere Verbände, mit denen sich der AWW bei der Besetzung der 6 Sitze auseinandersetzen müsse. Wenn die Wirtschaft konkrete Ausgestaltungsideen habe, sei noch ausreichend Zeit und Gelegenheit entsprechend an die Verwaltung heranzutreten. Man schließe mit der Vorlage auch keine Beiräte aus, sondern sage der Verwaltung lediglich, sie solle den Rahmen, den der Rat heute vorgebe, ausgestalten.

Die Forderung des AWW nach einer mindestens 50%igen Vertretung der Wirtschaft sei rechtlich nicht möglich. Da es sich um Steuergelder handele, müsse die Stadt die Anteilsmehrheit halten.

Herr Dr von Teichman gab zu verstehen, dass es dem Ziel nicht dienlich sei, wenn gegen die Wirtschaft argumentiert werde. Er sei kein Abgesandter des AWW, Anliegen der FDP sei es vielmehr, die Thematik Wirtschaftsförderung endlich zu einem vernünftigen Abschluss zu bringen. Da nehme man natürlich die Anregungen und Wünsche der Wirtschaft auf. Er erinnerte an die Bemerkung des Oberbürgermeisters im Finanzausschuss, in dem dieser sich gegen dauerhafte Beiräte ausgesprochen hatte. Diese könnten fakultativ eingerichtet werden. Da die Verwaltung keine Beiräte einsetzen werde, habe man die Einrichtung von Beiräten in den Änderungsantrag aufgenommen. Man werde der Beschlussvorlage der Verwaltung gezwungener Maßen zustimmen, damit es zu einem Fortgang in der Angelegenheit komme.

Herr Hellwig zeigte sich zuversichtlich, dass bei einer positiven Beschlussfassung, vernünftige Anregungen und Änderungswünsche der Wirtschaft Verwendung finden.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Im Rahmen der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung beschließt der Rat der Stadt Wilhelmshaven

- Es wird eine Wirtschaftsförderungs-GmbH gegründet. Dabei gelten folgende grundsätzliche Festlegungen:
 - » die GmbH wird eine 100%-ige Eigengesellschaft der Stadt Wilhelmshaven
 - » es wird ein Aufsichtsrat unter Beteiligung von Wirtschaftsvertretern gebildet, dem als Mitglieder mehrheitlich Vertreter der Stadt angehören
 - » der GmbH werden noch zu bestimmende Aufgaben übertragen, die von der Gesellschaft für die Stadt wahrgenommen werden
 - » hoheitliche Aufgaben verbleiben bei der Stadt im Fachbereich 03 „Wirtschaft und Regionalmanagement“
 - » das bisher beim Referat 1 im Fachbereich 03 angesiedelte Personal verbleibt bei der Stadt
 - » ein Zuschuss der Stadt an die GmbH wird rechtlich abgesichert
 - » es wird ein Wirtschaftsplan für die GmbH aufgestellt, die seitens der Stadt mit einem Budget von ca. 1 Mio. Euro ausgestattet wird
 - » eine Beteiligung der Wirtschaft an den Kosten des laufenden Geschäftsbetriebes wird erwartet.

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 18.06.2018 vor.

Herr Dr. von Teichman erklärte, so sehr der FDP die Hafenentwicklung und LNG auch am Herzen liege, könne man dem Beschlussvorschlag nicht folgen. Hier wolle man, ohne an Voraussetzungen geknüpft, 30.000 € bereitstellen. Wer die Diskussion um LNG verfolgt habe, wisse, dass mindestens zwei Standorte neben Wilhelmshaven in Frage kommen. Er halte hier ein abgestimmtes Vorgehen des Landes Niedersachsen für notwendig, um eine Verschwendung von Steuergeldern zu vermeiden. Er forderte eine Beschreibung und späteren Nachweis dessen, was mit den Mitteln geplant sei.

Herr Hellwig wies darauf hin, dass im Rahmen einer Wirtschaftsförderung die genannten 30.000 € in Wilhelmshaven gut eingesetzt seien. Es bestehe ein großes Interesse daran, dass das geförderte LNG-Terminal am Ende in Wilhelmshaven entstehe. Als aufstrebende Hafenstadt und Energiedrehscheibe Deutschland stehe es der Stadt gut zu Gesicht, sich daran zu beteiligen.

Frau Kloster folgte den Ausführungen von Herrn Dr. von Teichman. Die anstehenden Tätigkeiten böten keine Gewähr, dass es zur Realisierung eines LNG-Importterminals am Standort Wilhelmshaven komme. Hinzu komme, dass die Fraktion der Grünen den Export deutlich lieber sehen würde.

Herr Jacques erklärte, dass die SPD-Fraktion der Beschlussvorlage zustimmen werde.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Die Stadt Wilhelmshaven beteiligt sich mit einem einmaligen Betrag von 30.000 Euro an den Kosten für die Einrichtung und den Betrieb einer Koordinierungsstelle LNG Infrastruktur in Niedersachsen.

7.1.3 Zuschussrichtlinien zur Unterstützung von Projekten Dritter **118/2018**
anlässlich des Stadtgeburtstags 2019

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 18.06.2018 vor.

Herr Dr. von Teichman gab zu verstehen, dass es sich bei den Zuschussrichtlinien um ein kompliziertes Werk handle, um maximal 2.500 €/Antrag zu vergeben. Er sah den Punkt 5 Bewilligungsverfahren kritisch, da die Antragsfrist bereits am 31.10.2018 ende. Die Verwaltung sollte hier noch einmal nachjustieren und eine flexible Lösung einführen, um Vereinen und Verbänden Gelegenheit zu geben, auch 2019 Anträge noch einzureichen. Es wäre doch bedauerlich, wenn gute Ideen nach dem Stichtag nicht mehr berücksichtigt werden könnten.

Herr Diers erwiderte, dass in diesem Fall sicherlich eine Lösung gefunden werde, aber man müsse auch eine Antragsgrenze für Vorhaben setzen. Er plädierte

dafür, die Zuschussrichtlinien in der vorliegenden Form zu belassen. Der vorgeschlagene Termin biete Planbarkeit und -sicherheit.

Herr Möhle ergänzte, dass jeder, der eine hochkarätige Veranstaltung zum Stadtgeburtstag plane, auch wisse, dass diese langfristig zu planen sei.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt beschließt die anliegenden „Zuschussrichtlinien für die Unterstützung von Projekten Dritter anlässlich des Stadtgeburtstags 2019“.

7.1.4 4. Nachtragshaushaltssatzung 2017/2018

143/2018

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 18.06.2018 vor.

Herr Dr. von Teichman trug für die **FDP-Fraktion** folgenden **Änderungsantrag** vor und begründete ihn:

„Der Rat möge beschließen:

- 1. Die unter den Ziffern 2-4 der Änderungsliste **Ergebnishaushalt** aufgeführten Positionen werden ohne Funktionsbezeichnung geführt, d.h. es werden 5 Personen neben dem Geschäftsführer der Wirtschaftsförderung eingestellt.*
- 2. Die Ziffer 5 der Änderungsliste wird um 75.000 € erhöht*
- 3. Die Ziffer 6 der Änderungsliste wird gestrichen*
- 4. Die Ziffern 7 und 8 der Änderungsliste werden gestrichen*
- 5. Die Ziffer 1 der Änderungsliste **Finanzhaushalt** wird gestrichen.*

Begründung:

Zu 1: Es ist nicht sinnvoll, schon vor Errichtung der Wirtschaftsförderung und Bestellung eines Geschäftsführers bestimmte Funktionen der Mitarbeiter festzulegen. Der Geschäftsführer sollte auch diesbezüglich die größtmögliche „Beinfreiheit“ bekommen.

Zu 2: Die schon jetzt geplante Anschaffung eines Messestandes (siehe Finanzhaushalt!) ist nicht sinnvoll (zu dazu 1!), die Finanzmittel sollten ohne konkrete Anschaffungsfestlegung zur Verfügung gestellt werden.

Zu 3: Ohne jeglichen Einfluss der Stadt, ohne Konzept für das LNG-Thema können Haushaltsmittel nicht zur Verfügung gestellt werden.

Zu 4: Diese Positionen sind nicht im Aufsichtsgremium der WTF besprochen worden. Parallelstrukturen zur neuen Wirtschaftsförderung sind nicht sinnvoll.

Zu 5: siehe dazu 2.!”

Der **Änderungsantrag der FDP-Fraktion** wurde bei 11 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen und einer Enthaltung **mehrheitlich abgelehnt**.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat beschließt gemäß § 58 Abs. 1 Nr. 9 i.V.m. § 115 NKomVG die 4. Nachtragshaushaltssatzung 2017/2018 der Stadt Wilhelmshaven.

7.1.5 Information zum konsolidierten Gesamtabchluss 2014

117/2018

Frau Breuer trug die Informationsvorlage des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 18.06.2018 vor und bat um Kenntnisnahme.

Beschluss: -zur Kenntnisnahme-

Der Rat nimmt den beigefügten Entwurf zum konsolidierten Gesamtabchluss 2014 zur Kenntnis.

7.1.6 Zinssatz für die kalkulatorische Verzinsung zum Haushalt 2019 für kostenrechnende Einrichtungen

148/2018

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 18.06.2018 vor

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven setzt den Zinssatz für die kalkulatorischen Zinsen der kostenrechnenden Einrichtungen zum Haushalt 2019 auf 3,27 % (bisher 3,52%) fest.

7.1.7 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat

161/2018

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 18.06.2018 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Zuwender/in	Betrag	Empfänger/Verwendungszweck
August-Desenz-Drehorgel-Stiftung c/o August Desenz, Erich-Kästner-Ring 13, 26386 Wilhelmshaven	12.000,00 €	Sachspende in Form eines Denkmals zur Erinnerung an die Novemberrevolution 1918 in Wilhelmshaven
Förderverein Grundschule Voslapp e.V. (Vorsitzender:	5.352,78 €	Geldspende für ein neues Spielgerät

Gunnar von Oehsen, Prickenweg 47, 26388 Wilhelmshaven)		(Balancierparcours) für die Grundschule Voslapp
--	--	--

7.2 Ausschuss für Kultur (Beigeordneter Jacques)

7.2.1 Aufstellung eines Denkmals zur Erinnerung an die Novemberrevolution 1918 **137/2018**

Herr Jacques trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Kultur vom 12.06.2018 vor.

Herr Schön zeigte sich erfreut, dass es zu einer Errichtung des Denkmals an historischer Stelle komme. Ausdrücklich dankte er den Fraktionen von SPD und CDU, die mit einem gemeinsamen Antrag im Jahre 2014 dafür Sorge getragen hätten, dass den Ereignissen der Novemberrevolution von 1918 in Wilhelmshaven gedacht werde.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Aufstellung eines Denkmals zur Erinnerung an die Novemberrevolution 1918 in Wilhelmshaven an der Gökerstraße gegenüber der früheren Gaststätte „Elisenlust“ anlässlich des 100. Jahrestages der Ereignisse wird zugestimmt.

7.3 Ausschuss für Planen und Bauen (Ratsherr Schön)

7.3.1 Bebauungsplan Nr. 146, 1. Änderung - Deichbrücke/Jadestraße (Wiesbadenbrücke) Abschluss Städtebaulicher Verträge nach § 11 Baugesetzbuch (BauGB) über 1. die Sanierung von Bodenverunreinigungen und 2. Gestalterische Bindungen **149/2018**

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 06.05.2018 vor und erläuterte die beiden städtebaulichen Verträge über die Sanierung der Bodenverunreinigungen und die gestalterischen Bindungen. Er dankte ausdrücklich der Wilhelmshavener Spar + Bau für ihren vorbildlichen Einsatz an der Wiesbadenbrücke.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Abschluss des städtebaulichen Vertrages über die Sanierung von Bodenverunreinigungen und dem Abschluss des städtebaulichen Vertrages über gestalterische Bindungen jeweils mit der Wilhelmshavener Spar- und Baugesellschaft eG zu.

7.3.2 Bebauungsplan Nr. 146, 1. Änderung - Deichbrücke / Jadestraße **121/2018**

(Wiesbadenbrücke) - 1. Behandlung der Stellungnahmen und
2. Satzungsbeschluss

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 06.05.2018 vor und erläuterte kurz die Gründe für die Bebauungsplanänderung.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) i. V. m. §§ 10 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in den z. Z. geltenden Fassungen den Bebauungsplan Nr. 146, 1. Änderung –Deichbrücke/Jadestraße (Wiesbadenbrücke)- aufgestellt im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB, als Satzung. Über die eingegangenen Stellungnahmen wird gem. Vorlage (Ergänzungsblatt 01-13) beschlossen. Sie ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift. Die Begründung in der Fassung vom 11.05.2018 mit den Angaben nach § 2a BauGB ist dem Bebauungsplan gem. § 9 Abs. 8 des BauGB beigefügt. Der Rat nimmt gleichzeitig zur Kenntnis, dass der Flächennutzungsplan im Bereich des Bebauungsplans im Wege der Berichtigung gem. § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB entsprechend der vorliegenden Darstellung angepasst wird.

7.4 Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz (Ratsfrau Kloster)

7.4.1 Energiepolitisches Arbeitsprogramm 2019/2020 **75/2018**
Umsetzung des Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes

Frau Kloster trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz vom 06.06.2018 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Das Energiepolitische Arbeitsprogramm (EPAP) 2019/2020 wird auf der Grundlage des Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes für die Stadt Wilhelmshaven beschlossen.

7.4.2 1. Änderungsverordnung der „Besonderen Hafenordnung für den Stadthafen Wilhelmshaven“ **69/2018**

Frau Kloster trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz vom 06.06.2018 vor.

Herr Hellwig bat um Auskunft, ob es richtig sei, dass - wie in § 5 der geänderten

Hafenordnung dargelegt - der Lotse letztendlich die Verantwortung trage und die Schlepper bestelle. Seiner Meinung nach sei nach internationalem Recht Alleinverantwortlicher der Schiffsführer, der sich der Lotsen bediene. Der Lotse sei lediglich Berater des Kapitäns. Er bat die Verwaltung, diese Änderung noch einmal zu prüfen, damit nicht etwas beschlossen werde, das geltendem Recht widerspreche. Gleichwohl sollte man den Vorschlägen der Hafenverwaltung folgen.

Herr Stoffers sagte eine Überprüfung zu.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die 1. Änderungsverordnung der „Besonderen Hafenordnung für den Stadthafen Wilhelmshaven“ laut Anlage.

7.5 Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude (Ratsherr Möhle)

7.5.1 Vollvermögensübertragung der Gewerbezentrum Wilhelmshaven GmbH auf die Stadt Wilhelmshaven **150/2018**

Herr Möhle trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Grundstücke und Gebäude vom 07.06.2018 vor und begründete ihn kurz.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Vermögensübertragungsvertrag, mit dem das Vermögen der Gewerbezentrum Wilhelmshaven GmbH auf die Stadt im Rahmen einer Vollvermögensübertragung (im Sinne des Umwandlungsgesetzes) übertragen wird und der im Entwurf als Anlage zu diesem Beschluss genommen ist, hiermit zu.

Die Verwaltung wird beauftragt, alle notwendigen Maßnahmen zur Umsetzung zu treffen und die entsprechenden Beschlüsse in den Gremien herbeizuführen.

7.5.2 Übertragung von Grundstücken und Gebäuden auf den Eigenbetrieb Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven - Kapitaleinlage **151/2018**

Herr Möhle trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Grundstücke und Gebäude vom 07.06.2018 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Vorbehaltlich der Zustimmung zur Beschlussvorlage Nr. 150/2018 stimmt der Rat der Stadt Wilhelmshaven der Übertragung des Gebäudes Gewerbezentrum Kutterstraße 3 sowie des dazugehörigen Sonderpostens aus dem Bilanz Eigentum der Kernverwaltung in das Bilanz Eigentum des Eigenbetriebes

Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven zu. Gleichzeitig gehen alle mit dem Gebäude verbundenen Rechte und Pflichten auf den Eigenbetrieb GGS über. Die Übertragung erfolgt rückwirkend zum 01.01.2018 im Rahmen einer Kapitaleinlage mit einem Buchwert in Höhe von 328.740,49 €.

8 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Ein Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten lag nicht vor.

9 Anträge

9.1 Antrag Gruppe GUS: "Haushaltsklausur außerhalb von 516/2018 Wilhelmshaven"

Frau Weinstock trug folgenden Antrag der Gruppe GUS vor und begründete ihn:

„Die für September geplante Haushaltsklausur für die Haushalte 2019 und 2020 findet für alle Ratsmitglieder gemeinsam außerhalb von Wilhelmshaven statt.“

Begründung:

In der Vergangenheit wurden HH-Klausuren auch schon auf nahegelegene Inseln abgehalten. Der Vorteil lag in der Möglichkeit des geselligen Austausches und der zielorientierten Zusammenarbeit über einen längeren Zeitraum, notfalls bis spät in die Nacht hinein. Die angestrebten Haushaltsplanungen sind geprägt von der vorgegebenen Ausgeglichenheit versus der wachsenden Verantwortung der Kommunen, außerdem verlangt der Haushalt 2019 Mittel für Stadtjubiläum und evtl. Entscheidungen für die Planung künftiger Stadthalle u.v.m.“

Herr Dr. von Teichman erklärte, dass der Rat aus guten Gründen bei Enthaltung der SPD-Fraktion 2006 beschlossen habe, dass zukünftige Haushaltsklausuren im Stadtgebiet stattfinden. Allerdings sei eingeräumt worden, dass, sollten Fraktionen bzw. Gruppen unbedingt außerhalb tagen wollen, diese dies tun könnten. Die entstehenden Kosten seien dann aber selbst zu tragen, insbesondere die Kosten der Verwaltung für Anreise und Übernachtung. Als Kompromiss könnte es eine gemeinsame Auftaktveranstaltung im Ratssaal geben, bei der der Oberbürgermeister die Richtung vorgebe. Anschließend könnten die einzelnen Fraktionen und Gruppen in verschiedenen Räumlichkeiten tagen, sollte eine gemeinsame Klausur im Ratssaal nicht gewünscht sein. Die FDP-Fraktion werde dem Antrag der Gruppe GUS nicht folgen.

Herr Hellwig erinnerte daran, dass der seinerzeitige Beschluss gefasst worden

sei, um eine Haushaltsentlastung herbeizuführen. Die Gruppe CDU/WBV werde dem Antrag nicht zustimmen.

Herr Jacques stimmte den Ausführungen von Herrn Hellwig zu. Auswärtige Klausurberatungen seien zeitaufwändig und kostenintensiv. Er halte die Begründung für den Antrag für sehr optimistisch. Er glaube nicht, dass die atmosphärischen Störungen im Rat durch ein gemeinsames Wochenende ausgeräumt werden können. Da wäre es seiner Meinung eher angebracht, dass sich die betroffenen Personen zusammensetzen. Die SPD-Fraktion werde den Antrag aus finanziellen und organisatorischen Gründen ablehnen.

Frau Breuer ergänzte, dass für manche Ratsmitglieder eine Teilnahme an einer auswärtigen Haushaltsklausur aus familiären oder beruflichen Gründen nicht möglich sei. Auch sie empfand die Kostenhöhe für Anreise, Unterbringung und Verpflegung als unverhältnismäßig.

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

Die für September geplante Haushaltsklausur für die Haushalte 2019 und 2020 findet für alle Ratsmitglieder gemeinsam außerhalb von Wilhelmshaven statt.

9.2 Antrag Gruppe GUS: Prüfauftrag Ratskeller

521/2018

Herr von den Berg trug den Antrag der Gruppe GUS vor und begründete ihn:

„Die Verwaltung der Stadt wird beauftragt, zukünftige Nutzungsmöglichkeiten des Ratskellers zu prüfen und Ergebnisse dem Rat bis zur Haushaltsklausur 2018 vorzulegen.

Zu prüfen sind:

Eigen- und Fremdbewirtschaftung

Nutzung als Kantine, Restaurant und Sonstiges.

Begründung:

*Rathaus und Ratskeller müssen eine Stätte der Begegnung für alle Bürger*innen sein. Im Ratskeller sollte eine Einrichtung entstehen, in der sich die Bürger*innen zum geselligen Austausch mit anderen, auch dem Oberbürgermeister/der Oberbürgermeisterin, den Dezernenten und Ratsmitglieder treffen können.*

Sollte der Rat jedoch eine andere Nutzung oder gar eine Fremdnutzung wünschen, wären Alternativvorschläge der Verwaltung hilfreich.“

Herr Leinert erklärte, die künftige Nutzung der Räumlichkeiten sei 2016

öffentlich von GGS ausgeschrieben worden, um das Mieterinteresse und Konzeptvorstellungen zu erkunden. Seinerzeit hätten 2 Bewerber Interesse bekundet, wobei die WIKI GmbH mit dem Konzept einer integrativen Gastronomie den Zuschlag erhielt. In der Zwischenzeit habe die WIKI gemeinsam mit GGS das Projekt erfolgreich vorangetrieben. Sie habe bereits Förderanträge für „Aktion Mensch“ mit dem Ziel eines barrierefreien Umbaus der Räumlichkeiten gestellt. Weiterhin plane man ein KfW-Programm „Altersgerechtes Bauen“ zu akquirieren. Aktuell liefen die Planungen im Detail. GGS beabsichtige, den Bereich des ehemaligen Restaurants im Kellergeschoss für gastronomische Zwecke umzubauen. Ein Teilbereich solle abgetrennt und den städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als Sozialraum zur Verfügung gestellt werden. Der gesamte Bereich einschließlich der Küche und der Toilettenanlagen werde erneuert und der Außenbereich mit 40 Plätzen hergerichtet. Die erforderlichen Mittel seien im Wirtschaftsplan GGS eingestellt. Sofern das Projekt tatsächlich umgesetzt werde, sei für den kommenden Sommer eine Übergabe der Räumlichkeiten an den Mieter geplant. Von daher sei es die Bitte der Verwaltung, dass der Prüfauftrag zurückgezogen werde.

Die **Gruppe GUS** zog daraufhin ihren **Prüfauftrag zurück**.

9.3 Antrag Gruppe GUS: Prüfauftrag Ankauf Elisenlust

522/2018

Herr von den Berg trug den Antrag der Gruppe GUS vor und begründete ihn:

„Die Verwaltung der Stadt wird beauftragt, den Ankauf des Gebäudes ehemals „Elisenlust“ Gökerstraße 152 zu prüfen und Ergebnisse dem Rat bis zur Haushaltsklausur 2018 vorzulegen.“

Zu prüfen sind:

Kaufoptionen

Fördermöglichkeiten

Begründung:

Das Gebäude ist von hohem kulturellem und historischem Wert für die Stadt Wilhelmshaven, für Niedersachsen und die Bundesrepublik Deutschland. Nach dem Erwerb könnte eine Informations-, Gedenk- und Begegnungsstätte entstehen.

Das Gebäude ist im Privatbesitz und soll abgerissen werden. Dies gilt es zu verhindern.“

Herr Leinert teilte mit, dass man mit dem Investor im Gespräch sei. Sobald dieser ein konkretes Konzept habe, werde er auf die Verwaltung zukommen. Wenn es der Gruppe GUS nur um den Erhalt gehe, sehe man aktuell einen Ankauf des Gebäudes für nicht erforderlich bzw. sinnvoll an.

Herr von den Berg erklärte daraufhin, dass seine Gruppe den Antrag aufrechterhalte, da es sich lediglich um einen Prüfauftrag handele.

Herr Stoffers erklärte, dass der Antrag weder vom Fachausschuss noch vom

Verwaltungsausschuss vorbereitet worden sei. Letzteres sei aber zwingend notwendig. Daher würde er zunächst eine Zurückverweisung an den Betriebsausschuss GGS empfehlen.

Herr Tönjes beantragte eine **Verweisung in die Fachausschüsse**.

Dem **Antrag auf Verweisung in die Fachausschüsse** wurde bei 34 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme **mehrheitlich zugestimmt**.

10 Anfragen

10.1 Anfrage AfW-Fraktion: politisch-motivierte Straftaten in Wilhelmshaven **518/2018**

Herr Moriße trug die Anfrage der AfW-Fraktion: politisch-motivierte Straftaten in Wilhelmshaven vor:

„Gewalt-Straftaten in Wilhelmshaven werden regelmäßig erfasst. Aber die politisch motivierten Straftaten fehlen in der öffentlichen medialen Berichterstattung.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Verwaltung:

1. *Wie viele politisch motivierte Straftaten von Linksextremisten wurden von 2015 bis 2017 in Wilhelmshaven registriert, die sich gegen*

1.1. Leib und Leben,

1.2. Sachgüter Privater,

1.3. Einrichtungen der Stadt Wilhelmshaven richteten?

2. *Wie viele politisch motivierte Straftaten von Rechtsextremisten wurden von 2015 bis 2017 in Wilhelmshaven registriert, die sich gegen*

2.1. Leib und Leben,

2.2. Sachgüter Privater,

2.3. Einrichtungen der Stadt Wilhelmshaven richteten?

3 *Wie viele religiös motivierte Straftaten wurden*

von 2015 bis 2017 in Wilhelmshaven registriert, die sich gegen

3.1. Leib und Leben,

3.2. Sachgüter Privater,

3.3. Einrichtungen der Stadt Wilhelmshaven richteten?

4 *Wie viele politisch motivierte Straftaten von ausländischen Extremisten wurden von 2015 bis 2017 in Wilhelmshaven registriert, die sich gegen*

3.1. Leib und Leben,

3.2. Sachgüter Privater,

3.3. Einrichtungen der Stadt Wilhelmshaven richteten?

6 *Können die Straftaten den Angehörigen bestimmter Organisationen zugeordnet*

werden? Wenn ja, welchen?“

Herr Stoffers erklärte, dass die Verfolgung und statistische Erfassung von Straftaten in der Zuständigkeit der Strafverfolgungsbehörden, der Polizei und der Staatsanwalt, liege. Es gebe keine kommunale Zuständigkeit für die aufgeworfenen Fragen. Die Daten lägen der Verwaltung nicht vor und könnten daher auch nicht beantwortet werden.

10.2 Anfrage DIE LINKE: Höhenfeuerwerk Pumpwerk am 09.05.2018 **519/2018**

Die Beantwortung der Anfrage wurde auf schriftlichen Wunsch von Ratsherrn Wiese auf die nächste Ratssitzung verschoben, da der Vertreter der Linken nicht anwesend war.

10.3 Anfrage DIE LINKE: Verschmutzungen durch Sand-Staub-Halde auf dem Gelände der Firma Jade-Weser-Logistik **520/2018**

Die Beantwortung der Anfrage wurde auf schriftlichen Wunsch von Ratsherrn Wiese auf die nächste Ratssitzung verschoben, da der Vertreter der Linken nicht anwesend war.

Frau Weinstock erklärte mit Hinweis auf die Tagesordnung, dass sie eine Vertagung der beiden Anfragen für problematisch halte, da die Tagesordnung zu Beginn der Sitzung nicht geändert worden sei.

Der **Ratsvorsitzende** sagte, dass ihn erst jetzt der schriftliche Hinweis erreicht habe, dass Ratsherr Wiese heute erkrankt sei und dieser um Beantwortung in der nächsten Sitzung gebeten habe.

11 Einwohnerfragestunde

Da weder Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde, noch Fragen zur Tagesordnung vorlagen, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Ratssitzung.

Ende der Sitzung: 19:15 Uhr

gez.

Becker
Ratsvorsitzender

gez.

Wagner
Oberbürgermeister

gez.

Bönisch
Protokollführer